Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Bezirksvertretung 6 (Chorweiler)	18.04.2013

Hochwasserschutzkonzept - Retentionsraum Worringen - Alternativplanung

In der Sitzung der Bezirksvertretung Chorweiler vom 20.12.2012 wurde mit Vorlage 3987/2012 die Stellungnahme der Stadtentwässerungsbetriebe Köln (StEB), AöR, zu einer Alternativplanung für den Retentionsraum mitgeteilt.

In der Folge fand ein Treffen zwischen Vertretern des Bürgervereins Köln-Worringen / der Arbeitsgemeinschaft Retentionsraum Worringer Bruch / Des Bürgervereins Köln-Roggendorf/Thenhoven e. V und StEB statt, in dem die Alternativplanung gemeinsam erörtert wurde.

Das daraufhin verfasste Schreiben der StEB an den Bürgerverein Köln-Worringen ist als Anlage beigefügt.

Daneben wurde in der o.g. Sitzung von Herrn Bezirksvertreter Tschirner darauf hingewiesen, dass das Landesumweltministerium die Stadtentwässerungsbetriebe gebeten habe, eine Alternativplanung vorzulegen. Dies sei jedoch unabhängig von dem Vorschlag der Bürgervereine zu sehen.

Hierzu nehmen die StEB wie folgt Stellung:

„Hinsichtlich der Aufforderung an die StEB durch das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (MKUNLV), Alternativplanungen zu erstellen, scheint ein Missverständnis vorzuliegen.

Das MKUNLV hat die StEB nicht aufgefordert, alternative Planungs- oder Trassenvarianten vorzulegen. Im Zusammenhang mit den FFH-Untersuchungen ist die Darstellung von Alternativen erforderlich. Es ist darzulegen, warum diese verworfen wurden bzw. nicht den Vorzug bekommen haben. In den FFH-Unterlagen, die Ihnen mit der Beantwortung der Vorlage 2485/2012 zugegangen sind, ist die Variantenuntersuchung für den Bereich Brombeergasse dargelegt. Es sind Aussagen zur Größe des Retentionsraumes Lülsdorf/Langel (rrh.) enthalten.

Für weitere Trassen im Bereich Worringen bzw. Alternativen innerhalb des Kölner Stadtgebietes und entlang des Rheins muss diese Darstellung noch erstellt werden. Die Recherchen bzw. Aufbereitung der Darstellungen zu den verworfenen oder nicht favorisierten Alternativen erfolgen derzeit. Die Prüfungen insbesondere zu Alternativstandorten entlang des Rheins erfolgten zum Teil bereits in den 1990er Jahren im Zusammenhang mit der Aufstellung des „Aktionsprogramm Rhein“ der Internationalen Kommission zum Schutz des Rheins (IKSR).“